

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Nr. 162

Bezugspreis: Monatlich 1,75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1,60 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 5,25 Mk., ohne Postgebühr. Einzelnummer 15 Pfennig.

Halle, Sonnabend, den 19. Juli 1919

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Anzeigenblatt Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr. —

3. Jahrgang

Neue, aber falsche Erlöser.

Unter der Ueberschrift „Kommunistische Erfahrungen“ bringt die Münchener Post folgenden beachtlichen Artikel:

In den Massen zittert heute der erregte Pulsschlag revolutionären Denkens. Der Krieg und die Zeit vor ihm sind in ihrer Vorstellung eine große Lüge und Vergeßlichkeit des Glaubens an die menschliche Gattung. Und ein großer Teil des Volkes wendet sich daher gefühlsmäßig dem Kommunismus als dem Erlöser aus allen Leiden zu.

Sie bilden nach Rußland und Ungarn, die den radikalsten Bruch mit den verwichenen radikalen Erziehungsvorlesern in beiden Ländern ein höchst interessantes und soziales Beziehungsgeschehen zur Vergangenheit nicht auszusprechen sind, das die „Rabelschür“ des Überkommens nicht zerrissen werden kann, ohne die Gegenwart zu gefährden. Daher nach den verschiedensten radikalen Erziehungsvorlesern in beiden Ländern ein höchst interessantes und soziales Beziehungsgeschehen zur Vergangenheit nicht auszusprechen sind, das die „Rabelschür“ des Überkommens nicht zerrissen werden kann, ohne die Gegenwart zu gefährden.

Auch in der jüngeren Kommunistengemeinde, in Ungarn, sind diese Stunden bereits angebrochen. Auf dem Rätekongreß in Budapest berichtete der Volksbeauftragte Eugen Barga eingehend über die wirtschaftliche Tätigkeit der Räteregierung. Und die radikale Wiener Arbeiterzeitung sagt, der Bericht sei geeignet, „die Hoffnungen der Arbeiterklasse“

auf die neuen Erlöser

der Arbeiterklasse zu stärken und deren Uebernahme in die Proletariatsverwaltung und erklärte, für das wirtschaftliche Leben der neuen Gesellschaft bedeute die Expropriation der Banken nicht besonders viel. Die Arbeit wäre hauptsächlich eine zehrende Arbeit gewesen.

Die zweite Aufgabe, die Sozialisierung des Produktionsmittels, sei zum Teil in der Form beendet, in Wirklichkeit aber an vielen Orten noch nicht einmal begonnen. Die alten Verwalter seien vielfach noch fest in ihren Ämtern, weil die staatenbewußten Arbeiter sie nicht entfernen können. Bisher seien mehr als 2 Mill. Joch Boden sozialisiert worden. In Privatbetrieben befänden sich noch etwa 6,5 Mill. Joch. Im Bergbau und in zahlreichen Großindustriebetrieben sei die Sozialisierung beendet und in diesen sozialisierten Betrieben bereits mehr als 100.000 Arbeiter beschäftigt. Barga unterzog die bisherige Tätigkeit und Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet scharfer Kritik. Einer der Hauptfehler in der Betriebsorganisation bestände darin, daß das Verhältnis der Produktionskommissare der Arbeiterkontrolleure und der technischen Leiter zueinander nicht genügend geklärt ist. In vielen Betrieben glaubten die Produktionskommissare, ihre Aufgabe bestehe in der technischen Leitung, was keineswegs der Fall ist. In kleineren Betrieben ginge das an, in größeren Betrieben jedoch, wo die technische Leitung gründliche Fachkenntnis und technische Vorbereitungen erfordert, können die Produktionskommissare, wären sie auch noch so gute Proletarier, mit der technischen Leitung nicht betraut werden.

Einen weiteren großen Nachteil

bildet der große Abstand zwischen Arbeitern und sogenannten intellektuellen. Diesem Uebelstand könne nur durch weitgehende Auflösung abgeholfen werden. Ohne Sozialisten keine Produktion. Die Arbeiter selbst müßten sich, besonders in der Provinz, damit abfinden, daß die intellektuellen Führer der Betriebe heute noch eine gewisse Donat beibehalten, die ebend mit der Verbreitung der proletarischen Ideologie und der sozialistischen Ideen immer mehr verschwinden werde.

„Als wir“, sagte er, „im Jahre 20—30.000 Kapitalisten, die bisher die Produktion regierten hatten, ausgliederten,

mühten wir eine Bureaucratie schaffen. Die meisten Organe einzustellen, die den Arbeitskreis der ausgliederten Kapitalisten schützten und recht versehen sollten. Somit wäre die Produktion zugrunde gegangen. Nun will ich gerne anerkennen, daß diese neue Bureaucratie durchaus nicht das ideale Organ ist, das wir wünschten. Es sind, ich will es anerkennen, sehr viele nicht dorthin gehörige Leute dort, sehr viele gar zu junge, ungewisse, politische nicht reife Leute, eine ganze Menge geschickter „Basis“ (so ist es), die von heute auf morgen ihre politische Ueberzeugung gemacht haben wie andere das Gend. Diese Elemente müssen wir als Rufe und Blutegel der Revolution entfernen.“

Barga versprach, die alten, bewährten Gewerkschaftsführer würden wieder mehr und mehr herangezogen werden. Man rief ihm zu, daß man es hätte früher tun sollen. Er fuhr fort: „Wenn ich von einer neuen Bureaucratie spreche, so verheiß ich darunter nicht bloß diejenige, die sich aus Privatbeamten, Studenten und anderen intellektuellen Elementen gebildet hat, sondern auch die neue Bureaucratie, die aus der Arbeiterklasse entstanden ist. Ich bin davon überzeugt, daß die proletarischen Elemente zur Verwaltung des Proletariats herangezogen werden müssen, sonst kann der Proletariatsstaat nicht bestehen. Ich behaupte aber auch, daß unter den Arbeitern eine Tendenz existiert, die aus Proletariats gebildete Bureaucratie besonders zu vergrößern, und ich muß offen gestehen, daß ich diese unter den zu Beamten gewordenen Arbeitern ebenso häufig vorfinde als unter der aus Intellektuellen gebildeten Bureaucratie. Und hier gibt es keinen Unterschied zwischen Budapest und der Provinz. Auch in der Provinz gibt es Direktorien, deren Mitglieder

ihre Wohnungen mit persischen Teppichen

förmlich anfüllen und sich zahlreiche Mißbräuche aufzukleben kommen lassen. Hier muß eine große Säuberung vorgenommen werden.“

Als den traurigsten Teil seines Berichtes bezeichnete Barga die Leistungen der neugegründeten Betriebskontrolleure auf die Produktion. Die Arbeitsleistung habe sich überall bedeutend vermindert. In der Kohlenförderung betrage die per-

sönliche Arbeitsleistung 50 Proz. der Friedensleistung. In einer Budapest Fabrik habe die Minderleistung sogar 75 Proz. erreicht. Grund dieser Erleichterung sei das Aufheben der kapitalistischen Arbeitsdisziplin, für die bisher kein Ersatz gefunden wurde. Ein zweiter Grund ist der Bruch mit dem System der Arbeitslöhne, wodurch sich die Arbeitsleistung gerade der besten Arbeiter vermindert. Es fehle noch die Erkenntnis, daß, weil die Körperkraft und die Geschicklichkeit bei verschiedenen Menschen verschieden ist, und daß jeder so viel arbeiten muß, als er zu arbeiten vermag, selbst wenn er an der Gesamtproduktion nur gleichmäßigen Anteil erhält. Das wäre der wahre Kommunismus, die wahre Brüderlichkeit. Heute aber stünden die Arbeiter noch auf dem alten Standpunkt. Wenn sie mehr arbeiten, wollen sie mehr Lohn. Bekommen sie ihn nicht, so wollen sie nicht mehr arbeiten. Die Folge dieser Einstellung ist für Barga, bis zur Ausbreitung des kommunistischen Glaubens in den Arbeitern die

Rückkehr zum Alfordlohn.

Dem Arbeiter müsse energig gesagt werden, daß ohne stramme Arbeit an die Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht zu denken ist. Das Bestreben der Gewerkschaften, den Arbeitern der eigenen Branche hohe Löhne bei möglichst geringer Arbeitsleistung zu verschaffen, sei nur in der kapitalistischen Produktion legitim gemeint; in der kommunistischen ist dies jedoch unmöglich.

Die erste Voraussetzung für die kommunistische Arbeitslöhnebestimmung ist, wie immer wieder betont werden muß, die Erzielung der gesamten Schaffung von sozial empfindenden Menschen, die Ueberwindung der Selbsthülfe. Hier haben die Organe der Arbeiter noch große Aufgaben zu erfüllen.

Der 21. Juli.

Der Berliner Bezirksvorstand der S. P. D. erteilte folgenden Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen:

„In den Betrieben wird von den Kommunisten und Unabhängigen für Arbeitsruhe am Montag, den 21. Juli, agitiert. Sie verstanden, die Aktion des internationalen Proletariats, die sich gegen die Gewaltpolitik der Entente imperialisten richtet, zu einer Aktion gegen unsere Regierung umzuwandeln. Wir fordern daher unsere Genossen auf, unter allen Umständen in den Betrieben zu bleiben und geschloßen an den Veranstaltungen der Partei am Montag nachmittags nach Arbeitsluß teilzunehmen.“

Gegen den Imperialismus.

Für die Kollaboration.

Für den Aufbau des Wirtschaftsebens.

Das deutsche Volk ist ein Opfer der Gewaltpolitik der Entente imperialisten. Ein Streik würde sich also nicht gegen die Unterdrücker, sondern gegen die Opfer der Unterdrücker, gegen uns selbst, wenden. Dazu dürfen wir nicht die Hand bieten.

Arbeiter! Parteigenossen! Verheißt der Vernunft zum Siege. Nieder mit der Politik des Unabwinkens.“

Die Verhältnisse in Halle liegen genau wie in Berlin, das für Berlin Gelagte trifft auch auf unsere Verhältnisse zu. Das internationale Proletariat, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratischen Verbände, demonstriert an diesem Tage gegen die feindschaftliche Vergewaltigung ganzer Völkern durch die Entente. Die Unabhängigen aber denken diese Gelegenheit zu ihrem Vorbehalt gegen die Regierung und zur Begründung neuer innerpolitischer Unruhen.

Für das sozialdemokratische Proletariat Deutschlands, die meisten überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft, ist der 21. Juli der Tag des Protestes gegen alle völkerverhetzenden Gewalt: gegen die Gewaltspolitik der imperialistischen Gewalt, gegen die Gewaltpolitik der unabhängigen und kommunistischen Lager und gegen die Gewaltpolitik der alten Reaktionen!

Kein allgemeiner Streik in Frankreich.

WTB. Amsterdam, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Wie der Telegramm aus Paris meldet, hat der Allgemeine Arbeiterverband mit Rücksicht auf die Opposition des Personal der öffentlichen Dienste, besonders der Angehörigen der Eisenbahnen, der Postämtern und der verschiedenen Behörden, beschlossen, daß der Streik nicht am dem allgemeinen Streik am 21. Juli teilnehmen sollen.

In Holland wird am 21. Juli gearbeitet.

WTB. Amsterdam, 18. Juli. Laut „Telegraaf“ wird sich die niederländische Gewerkschaftsvereinigung an dem geplanten Demonstrationstreik am 21. Juli nicht beteiligen.

Streik der englischen Minenarbeiter.

Haag, 16. Juli. Aus London wird gemeldet: 150.000 Minenarbeiter im Westen der Provinz Yorkshire haben gestern abend die Arbeit niedergelagt, nachdem die Unterhandlungen mit den Grubenbesitzern gescheitert waren.

Die internationale Sozialisten-Konferenz in Genua am 10. August.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß „Sozialdemokraten“ folgende Mitteilungen über die am 10. August in Genua stattfindende Internationale Sozialistenkonferenz veröffentlicht:

Jedes Land hat das Recht, zwei Delegierte zu entsenden. Die Vollziehungen der Konferenz sind öffentlich. Der Präsident der Konferenz ist Branting, Quinsmans der Sekretär. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Die internationale politische Stellung; Die Internationale und der Friedensvertrag; Die Internationale und die Revolution, die Internationale und die sozialdemokratischen Regierungen. Die englische Arbeiterpartei wird eine Grundlage für die Diskussion dieser drei Fragen vorlegen.

2. Die internationalen Generalaktionen.

3. Die Organisation der Arbeiterpresse unter besonderer Hervorhebung der Frage nach Schaffung einer internationalen sozialdemokratischen Nachrichtenzentrale.

4. Organisation des allgemeinen Sozialistenkongresses 1920.

Bericht Macdonalds über die Delegation nach Italien, der Schweiz usw. Die sozialdemokratische Partei Georgiens wird besondere Verhandlungen über das Schicksal der dem ehemaligen Rußland angehörenden Rationen vorbringen. Die sozialdemokratische Partei Italiens wünscht Beratungen über die Unterstützung einer geflüchteten Arbeiterpartei in Italien. Ferner liegt ein Bericht des Arbeiterausschusses vor, das Sekretariat nach Aufhebung

der Militärkür für Belgien wieder nach Brüssel zu verlegen. Henderson und Branting werden wiederum die Entente nach Paris nach Holland erfragen. Sollte dieses Erfragen wieder abgelehnt werden, so wird die Sozialdemokratische Gewerkschaft den Auftrag erhalten, eine Untersuchung in Belgien zu machen und in Holland zu entscheiden. Macdonald wird ebenfalls erfragen, welche die russischen Sozialisten und sozialrevolutionäre Partei für die Konferenz in England zu erwirken. Eine Kommission für Untersuchung der Verhältnisse in Deutschland soll ihre Arbeit beginnen, sobald es die Verhältnisse gestatten. Als Vertreter der dänischen Sozialisten ist der Folgebildungsabgeordnete Borgberg für die Konferenz in Usener anzuweisen.

Brest-Litovsk und Versailles.

Die Freiheit sieht wieder einmal Parallelen zwischen dem Frieden von Brest-Litovsk und Versailles. Der Vorwärts bemerkt dazu treffend: „Der Frieden von Brest-Litovsk wurde abgeschlossen, während sich Deutschland noch mitten im Krieg gegen die Entente befand. Er wurde geschlossen, bevor dessen Hebermacht auch durch das Ausbleiben der Alliierten noch lange nicht beseitigt war. Die Entente, die das nicht erkennen wollten, die glaubten, daß nun die Bahn frei sei für die ganze Welt unterirdischen deutschen Gewalttätigkeiten, waren die Alliierten und — die Unabhängigen. Die Mehrheitssozialdemokratie wurde dagegen sehr gut, doch Deutschland, wenn nicht unterliegen, doch mindestens mit den westlichen Gegnern wieder zu verhandeln müssen und daß dann von selbst der Moment einer Revolution des Breiter Vertrag gegeben sein würde. Den imperialistischen Charakter des Breiter Gewaltfriedens verkörperte die Sozialdemokratie keinen Augenblick, aber im übrigen hat man einen ganz guten Vergleichsmaterial zwischen der Härte des Breiter und der Härte des Versailles Friedens, wenn man die 6 Milliarden Kriegserlösaufhebung, die damals Ausland auferlegt wurden, die weit über 100 Milliarden (bestimmlich 100 Milliarden nur die erste Rate, der Rest steht noch nicht fest) im Vergleich, die jetzt Deutschland zu zahlen hat.“

Es werden in dem Falle Brest-Litovsk die Situation für die deutsche Mehrheitssozialdemokratie dieselbe gewesen, wie sie jetzt für die Franzosen sich darstellt — das eigene Land außer jeder Gefahr, alle Gegner des eigenen Landes am Boden liegend, keine Möglichkeit einer Niederlage mehr, nur übermäßiger Sieg ringum — selbstverständlich wäre die Unterzeichnung eines solchen Friedens dann ein Mitleid von uns abgelehnt worden. Den Unterschied zwischen damals und jetzt kann nur übersehen, wer auf abschließende Zäsuren des Futurismus ausgibt.

Das Schicksal Oberösterreichs.

Das, 16. Juli. (Hr.) Aus New-York wird gemeldet: Der Pariser Korrespondent des New-York Herald meldet, daß die Regierung für die Volksabstimmung in Oberösterreich in der Fortsetzung macht. Die amerikanischen sowohl wie die anderen Delegierten hoffen zuversichtlich, daß die Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Polen ausgeglichen werden können, so daß die Volksabstimmung ohne Hilfe von fremdem Militär stattfinden könnte. Man glaubt ferner, daß deutsche und polnische Soldaten das Gebiet friedlich verlassen werden und daß die Organe der Alliierten die Möglichkeit haben werden, eine örtliche Polizeimacht zu errichten, welche für eine ruhige Durchführung der Wahl sorgen trägt. Man weiß, sowohl die amerikanischen wie die anderen im Oberen Rat der Alliierten vertretenen Mächte haben gezeigt, daß sie bereit sind, Truppen nach Oberösterreich zu entsenden.

Die Bedingungen für Österreich.

Die Bedingungen, die Österreich von der Entente auferlegt sind, scheinen, nachdem, was bis jetzt bekannt wird, nicht minder schwer zu sein als die deutschen Bedingungen. „Daily Telegraph“ hat von seinem Korrespondenten Einzelheiten über die finanziellen Bedingungen erhalten. Hiernach wird eine besondere Untersuchungskommission für Schadenersatz gebildet. Österreich hat im Jahre 1918 und 1920 und in den ersten vier Monaten des Jahres 1921 entweder in Gold oder in Schiffen und Wertpapieren einen Betrag zu zahlen, der von der Kommission festgelegt werden muß. Wenn nicht die Zahlungsverpflichtung Österreichs erfüllt werden und hiernach der Betrag bemessen. Es wird ferner eine Kontrolle aller Steuerzahler vorsehen, und zwar sollen die Steuern nicht geringer sein dürfen als die in dem am schwersten besetzten Lande der Entente. Ferner wird das Prinzip des Schadenersatzes für die Zölle festgelegt. Österreich muß innerhalb zweier Monate seine Handels- und Fischereirechte abstellen. Hierin sind einbezogen sämtliche Schiffe unter österreichischer Flagge, Schiffe, die österreichischen Gesellschaften gehören oder Eigentum von Gesellschaften in anderen Ländern sind, wenn die Mehrheit des Kapitals in österreichischen Händen ist. Von den Flugmaschinen müssen 80 Prozent ausgeliefert werden. Von den Zahlungen in natura ist als erste Abgabe an Italien 4000 Millionen, 1000 Dshen, 1000 Silber und 50 Tiere zu zahlen. Rumänien bekommt die Hälfte davon und außerdem noch 1000 Pferde. Serbien erhält 1000 Schafe, 300 Ziegen, 1000 Kühe, 1000 Pferde und 1000 Schafe. Die österreichischen Zölle werden in Italien überwälten. Das ist derselbe Witz wie ein Deutschland! Alle wirtschaftlichen Hilfsmittel Österreichs, wie z. B. die Handelsflotte, Rohmaterialien und alles, was für den Materialerwerb nötig ist, muß ausgeben der alliierten und assoziierten Regierungen zur Verfügung gestellt werden.

Frankreichs künftige Sicherheit.

WTB. Versailles, 18. Juli. Vor dem Friedensausgang der Kammer behandelte Clemenceau gestern die Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich im Sinne Rheinunser und erklärte, Marshall Foch habe vorgeschlagen, Brüdenköpfe an Rhein zu errichten, die von den Ententetruppen gehalten werden sollten. Er betonte, daß der Oberbefehlshaber der

alliierten Armeen jede mögliche Freiheit gehabt habe, sich zu erklären, sei es persönlich oder schriftlich, und daß er sich vor dem Breiter, vor der Konferenz und vor dem Ministerrat ausgesprochen habe. Das, was der Breiter Vertrag vorsehe, genüge für Frankreichs Sicherheit, selbst ohne die Breiter Vertrag. Frankreich müsse sich selbst keine Besorgnisse machen und die auch politische und militärische Schwierigkeiten nach sich gezogen haben würden. Nach seiner Ansicht gebe die vorgelegene militärische Hilfe Englands und Americas im Falle einer deutschen Herausforderung Frankreich genügend Sicherheit. Wenn diese Sicherheit schon im August 1914 vorhanden gewesen wäre, wäre es nach seiner Meinung nicht zum Kriege gekommen. Die Sicherheit sei so groß, daß Frankreich durch Geheiß die militärische Dienstzeit auf ein Jahr herabsetzen könne. Der Ministerpräsident erklärte sich schließlich bereit, die beiden französischen Briefe, sowie den Text des Eintrages, den Marshall Foch am 6. Mai in der Vollziehung der Friedenskonferenz hinsichtlich der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages erhoben habe, dem Ausland zur Verfügung zu stellen. Clemenceau weigerte sich aber, die Protokolle der Friedenskonferenz anzusehen. Die beiden letzteren Mitteilungen bringt der „Matin“ im Anschluß an den amtlichen Bericht über die gestrige Sitzung, aber mit einer Genäherung von etwa zehn Seiten, und berichtet, zum Schluß wären der Abgeordnete Marin und Clemenceau scharf zusammengestoßen, weil Clemenceau auf verlässliche Fragen militärischer und finanzieller Art nicht habe antworten wollen. Clemenceau habe erklärt: Ich habe mich mit allen Ihren Kollegen, die zu mir gekommen sind, in meinem Kabinett unterhalten. Ich habe Ihnen nichts verheimlicht. Als Chef der Regierung habe ich nach der Befragung die Pflicht, Verträge abzuschließen und sie im Parlament zu vertreten. Ich habe meine Pflicht getan, um Sie die übrigen. Nachdem Clemenceau die Ausführungen verlassen hatte, berichtete Renaux Benaud über die deutschen Kolonien. Die französische Regierung hat beschlossen, die Jahresklasse 1909 der Marine ab 30. Juli, die Jahresklasse 1910 vom 10. bis 20. August, die Jahresklasse 1911 vom 20. bis 30. August zu entlassen.

Bedingungslose Freigabe der Kriegsgefangenen.

Entgegen der in der französischen Presse vertretenen Ansicht, daß die deutschen Kriegsgefangenen nur im Austausch gegen freie deutsche Arbeiter freigegeben werden sollten, sieht, wie wir an zukünftiger Stelle erfahren, die französische Regierung nicht auf diesem Standpunkt. In den Verhandlungen in Versailles im Gegeenteil von der französischen Regierung zugelegt, daß die deutschen Kriegsgefangenen bedingungslos freigegeben werden sollen.

Kein Arbeitszwang für Nordfrankreich.

Aus Weimar wird von zukünftiger Stelle mitgeteilt: In einer Drahtnachricht der Weimarer Zeitung wird die Einführung des Arbeitszwanges für die deutschen Gefangenen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs als eine Forderung Frankreichs hingestellt. Denkt sich die deutsche Regierung gar nicht daran, den Arbeitszwang einzuführen, so hat sie es auch nicht nötig, da sie schon seit mehreren Monaten mit der Arbeiterorganisationen verhandelt, um die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften im Wege des freien Arbeits-

Kein Arbeitszwang für Nordfrankreich.

Aus Weimar wird von zukünftiger Stelle mitgeteilt: In einer Drahtnachricht der Weimarer Zeitung wird die Einführung des Arbeitszwanges für die deutschen Gefangenen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs als eine Forderung Frankreichs hingestellt. Denkt sich die deutsche Regierung gar nicht daran, den Arbeitszwang einzuführen, so hat sie es auch nicht nötig, da sie schon seit mehreren Monaten mit der Arbeiterorganisationen verhandelt, um die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften im Wege des freien Arbeits-

Das Ende des Streiks in Stettin.

Stettin, den 18. Juli. Das WTB drahtet: Infolge der Aufhebung des Belagerungszustandes und der sonstigen Zugeständnisse der Regierung ist sowohl der Generalstreik als auch der Bürgerstreik aufgehoben worden. Seit heute nachmittag sind die Läden wieder geöffnet. Die Straßenbahnen verkehren wieder wie bisher. Das Wasserwerk ist seit gestern früh wieder in Betrieb, nachdem es militärisch besetzt worden war. Der Dampferverkehr nach den Seebädern wird morgen früh wieder eröffnet.

Der Reichsbürger hat eine rege Telegrammtätigkeit entfaltet und an Posten besichtigt und in den Telegrammen die Arbeiterhaft von Stettin und Straßburg in gleicher Weise verurteilt und die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes gefordert. Es ist nicht, daß Posten auf diese Beträge nicht hörte und der Belagerungszustand aufgehoben wurde.

Eine vernünftige Maßnahme.

Berlin, 19. Juli. Nach einer Nachricht des „Vorwärts“ aus Gommern wurden sämtliche Verhaftungen aufgehoben.

Sozialdemokraten an Post.

Aus der Preuß. Landesversammlung wurde folgendes dringendes Telegramm an den Reichswehrminister nach Weimar geschickt:

„Alle schließlichen sozialdemokratischen Abgeordneten der Landesversammlung erziehen dringend um sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in den Bezirken Breslau und Oppeln, da die Voraussetzungen für dessen Verhängung gefallen sind.“ Gleichlautende Telegramme wurden an den Reichs- und Staatsminister Berlin, sowie an den Zentralrat für die Provinz Schlesien geschickt.

Der Landwirtschaftsminister und die Volkshewiter.

Ueber das Auftreten des Landwirtschaftsministers, Genossen Braun, anläßlich der Landarbeiterfreibedeckung in der preussischen Landesversammlung schreibt uns unter parlamentarischer Mitarbeit nach: „Eine exzentrische Kräfte Antwort an die Rechte gab der Landwirtschaftsminister Genosse Braun, als er den Sozialdemokraten-Sozialismus der kommunistischen Agitatoren wieder er sprach zurück. Warm trat er für die wirtschaftliche und soziale Gebung des Landarbeiterstandes ein, deren Vorbereitung die Organisation der Landarbeiter sei. Als der Minister feststellte, daß die Volkshewiter der äußersten Rechten durch ihre Ablehnung des Abschließes von Tarifverträgen den Wirtschaftsfrieden geradezu laborieren, erhob sich bei den Deutschnationalen ein unangenehmer Sturm der Entrüstung. Der

vezirages und auf Grund von Tarifabschlüssen zu gewinnen. Zur Entsendung deutscher Arbeiter für Nordfrankreich wird in der „Deutschen Zeitung“ ausgeführt, daß seitens der deutschen Regierung, die dies betont hat, daß sie schon 1918 übernommenen Verpflichtungen loyal nachzukommen wird, an der Hand der von den Alliierten angebotenen Mittel die nötigen Besorheiten in unbeschwerlicher Weise zu beschaffen gelteit werden können, die Entsendung deutscher Arbeiter möglichst zu beschleunigen. Die deutsche Regierung hofft, dies es gelingen wird, 150,000 Arbeiter hierfür zu finden. Es dürften etwa 250,000 Mann in Frage kommen.

Aus Braunschweig.

Braunschweig, 18. Juli. In der Braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 13 Stimmen Law „Braunschweigischer Landesgesetz“ die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Der Antrag an das Reichsamt des Reichsamt Braunschweig wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Parteien gleichfalls angenommen.

Aus Hamburg.

Hamburg, 18. Juli. In der heutigen Sitzung der Bürgerkammer wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte und Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom Senat und vom Reich fordert, angenommen.

Eine unandere Geschichte.

Ein Unteroffizier, früherer Vorkämpfer des Soldatenrats des Infanterieregiments 45, veröffentlichte die Nachricht, daß der Silberhahn des Königs Peter von Serbien unter die Offiziere des Regiments 45 verteilt worden sei. Dem früheren Regimentskommandeur ist es nicht gelungen, den Kern seiner Angaben zu widerlegen, er stellt im Gegeenteil die Tatsache fest, daß der Silberhahn seinerzeit dem Offizierskorps auf ausdrückliche Anforderung — überwiesen worden sei. Fürwahr ein seltsamer Standpunkt der verlassenen Militärs, über den Privatbesitz eines feindlichen Königs zu verfügen. Die Verteilung des Geräts unter die Offiziere bei Auflösung des Regiments muß der Herr bestätigen.

Wir sind aber im Gegeenteil zu ihm der Meinung, daß die einzelnen Offiziere nicht stolz auf das liebliche Andenken sein können, die ganze Geschichte ist doch rechtlich unklar und wirft ein seltsames Licht auf den „besonderen Ehrenkodex“, den die Offiziere des Kaiseriums für sich in Anspruch nehmen. Es ist überhaupt rätselhaft, warum das Silberhahn auf Auflösung des Regiments nicht in Staatsbesitz überging.

Landratsabsolutismus.

Der Vorwärts schreibt: Nach § 178 der Kreisordnung ist der Landrat befugt, Beschlüsse des Kreisrates, welche die Gelege verlegen, mit „ausdrücklicher Zustimmung“ zu beanstanden. Von dieser reaktionären Bestimmung machte in der letzten Kreisratssitzung der Kreis Beetzow-Storow der Landrat Dr. Wistoff Gebrauch und erzielte dadurch, daß die bisherige sozialdemokratische Kreisratsmehrheit beseitigt wurde.

Quert wurde über die Mandate von zwei sozialdemokratischen Kreisratsabgeordneten abgemittelt.

Minister ließ sich aber dadurch nicht im geringsten irritieren und nahm sich nun den Pommerischen Landbund geblüht vor, dessen unauferbare Pflichten er an der Hand der Ergebnisse von Hauszählungen bei der Landwirtschaftskammer für Pommer er nachweise. So teilte der Minister u. a. mit, daß es diese fruchtlosen Gerren sogar gewagt hätten, bei Beamten des Landarbeiterverbandes und bei Kommissaren des Ministers Besetzungsvorschläge zu unternehmen. Dann verteidigte er den Genossen Dr. Grimm gegen die Vorwürfe des Hg. von der Dien auf dem Deutschnationalen Parteitag, welcher sagte, daß die Landwirte nicht als Umwärtiger die Besetzungszustandes der Belagerungszustandes hält der Minister für einen großen Fehler, dessen Beseitigung er sofort gefordert habe. Zum Schluß nannte der Minister den Entreeffekt Madjantin oder Verbrechen und erklärte im Namen der Regierung mit fester Stimme, daß die Ernte, den Volkshewiten vor recht und links zum Troste, in die Scheune gebracht werden müsse.“

Große Bewegung auf der rechten Seite lies es aus, als der Landratsabsolutismus nach seiner Wiedereinnahme mit der Agrar-Volkshewiten zu der Rechten des Hauses sagte: Sie waren bisher nicht gewohnt, von dieser seltsamen Worte zu hören. Es werden sich ja daran gewöhnen werden. Weiter sagte Madjantin mit aller Klarheit, daß die Verhängung des Belagerungszustandes ein großer Fehler war und daß er die sofortige Aufhebung verlangt habe.

Brauns Rede war eine herrliche Rede. In der Stunde d. h. er gefaßt für unser Vaterland, jeht, wo jeder Einzelne im Volke mit einem Gefühl der Erleichterung auf die bevorstehende erste Luft, gegen die Kaufleute daran, durch brutale Rücksichtslosigkeit gegenüber ihren Arbeitern die Erntebringung zu laborieren. Darum war die Rede des Genossen Braun eine soziale Tat, daß er mit aller Entschiedenheit betonte, daß denen, die das Volk in seiner Existenz gefährden — gleichviel in welcher Lage sie sich befinden, der Damaen (sach) aufgedrückt werden wird. Dem landwirtschaftlichen Volkstäter, das unter den elendsten Arbeits- und Existenzbedingungen zu leiden hat, bringen wir unsere tiefste Anteilnahme. Nichts ist in es, die die Ernte gefährden, sondern die Agrarier, die von ihrem „Bauern-Gaule“-Standpunkt aus unter der Gefahr des Zusammenbruchs der deutschen Ernährungsversorgung nicht abgehen wollen.

Wir begrüßen die Rede des Genossen Braun. Wir auf wenige Arbeiter, denen die Gotte um den Geduld höher steht als die Wohlhabt des Volkes, steht das ganze deutsche Volk hinter ihm.

Die beiden Abgeordneten mussten dabei nach der Beschlusseignung nicht zustimmen; dadurch kamen unsere Stimmen, die aber eine Stimme Majorität verfehlten, mit einer Stimme in die Minorität und ihre Mandate wurden für ungültig erklärt. Als nach angelegener Sitzung die Mandate ebenfalls für ungültig erklärt wurden, bestanden die Kandidaten des Landrats in dem Wahlkreise.

Der Kreisstag kam nun zu das Verwaltungsstreifenverfahren besprechen, bis dieses aber durchgeführt ist, es dauert bestänzlich lange, damit ist der Zweck erreicht.

Und dabei waren unsere Genossen im Recht. Die Wahlvorschlüge sollten bis zum 22. April beim Wahlkommissar sein. Ein sozialdemokratischer Wahlvorschlugausschuss am 19. April vormittags zwischen 9 und 10 Uhr in Berlin zur Wahl gegeben, soll aber erst am 24. April beim Wahlkommissar eingegangen sein. Selbst wenn dem der Fall gewesen ist, so genügt es nach höchst richtiger Rechtsprechung zur Wahrung einer Frist, wenn die Mitteilung zu rechtzeitig erfolgt, daß unter gewöhnlichen Umständen die rechtzeitige Bestellung noch zu erwarten war. Die Rechtmäßigkeit der Beantragung eines des Landrats Dr. Bischoff ist daher sehr zweifelhaft.

So sieht die Art und Weise, wie die Herren, die bei jeder Gelegenheit über „Parteilichheit“ kreischen, aus.

Die „Boll“ und Ausnahmegeetze.

Die „Boll“ ist sehr ungünstig darüber, daß man in der neuen Verfassung keinen Weg für die Ehrenrechte der Offiziere gelassen hat. Sie jammert darüber, daß man in Lager der Sozialdemokraten und des Zentrums alten Kernmitgliedern der Rechte unangenehm war. Sie können die Unmöglichkeit am so besser verstehen, aber für die althergebrachte Ehrwürde der Offiziersklasse geht uns jedes Verständnis an. Wer sich als Offizier nicht damit abfinden kann, daß in der neuen republikanischen Reichswehr der gemeine Mann nicht weniger ist als der Offizier selbst und der Mensch folgt beim jüngsten Retraum und nicht erst beim Reutnant an, der würde sich zum Teufel scheren und hat in der Reichswehr nichts zu suchen. Das unter unfriedlichen Leben durch die Ehrrechte der Offiziersklasse besonders günstig hervorgehoben werden, mögen wir nicht zu glauben, daß die Ehrenrechte der „Boll“ durch die Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die Offiziere, sehr grotesk aus. Die Herren von der Rechten haben allerdings keinen Grund, sich über Ausnahmegeetze zu beschweren. Sie haben in dem alten Deutschland in der Kaiserzeit stets in einem Ausnahmezustand gehalten, sie haben das Volk im Ackerfeldesgeführte geschickt und jede Freiheitsregierung mit brutaler Gewalt unterdrückt. Sie wollten die absoluten Herrscher sein. Darum sollten diese Herren jetzt nicht über Ausnahmegeetze, die gar nicht existieren, jammern, sondern froh sein, daß das Kaiserreich nach dem 9. November seinen alten Rechtsgrund: „Nichtes Regis für Aites“ teu gestohlen ist.

Kommunalisierung.

Der Ausschuss über die Kommunalisierung in der Charlottenburger Wasserwerke hat die Vorlage in seiner zweiten Sitzung in ihrem ganzen Umfange unverändert angenommen. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums wurde übereinstimmend mit der Regierungsvorlage beschlossen, daß die Entschädigung nach dem Kurs der Aktien zwischen 1. Januar und 1. April dieses Jahres und ein Sechshebter auf den Ausschluß des Reichsweges festzusetzen ist. Alle Anträge der Demokraten und Deutschnationalen auf Zulassung des Reichsweges wurden abgelehnt. Gehtrichen wurde nur auf Antrag durch die Kommunisten, damit die Festsetzung der Entschädigungen unter der Bedingung der getheilten Betriebsverhältnisse erfolgen soll. Der Ausschuss wird noch eine zweite Beratung abhalten.

Kommunisten und Militarismus.

Vor dem Schourgericht in Essen hatte sich wegen Beteiligung an Unruhen der kommunistischer Zitel, Vorsitzender des U. und S. Rates von Straßere und der dortigen Ortsgruppe der kommunistischen Partei, zu verantworten. Ueber die Errichtung der kommunistischen Armee entspann sich zwischen den Vorstehenden und Angeklagten folgendes Zwiegespräch:

W. r. i.: Wie wird es mit der Armee in der Räte-republik aussehen?

A. g. e. l.: Da sie sehr viel Feinde hat, wird sie sehr kurz sein müssen.

W. r. i.: Wie hoch schätzen Sie wohl das kommunistische Heere?

A. g. e. l.: Mindestens so groß, wie das frühere deutsche Heere. Dazu kommen dann noch die Reserven.

W. r. i.: Da also, Lubendorf! kann keine Freude an den armen, idealen“ Kommunisten haben.

Kurze Notizen.

Der Nationalversammlung sind die Entwürfe eines Gesetzes für die Entschädigung der Offiziere, die gewonnen sind, auf Grund der Berücksichtigung der Beherrschung an dem Heere, der Marine und des Schwurgruppen auszuscheiden und eines ebenfalls Gelezes für die Unteroffiziere und Gemeinen, soweit sie Kapitulanten sind, zugegangen.

Nach dem der Nationalversammlung zugegangenen Gesetzentwurf wegen der Erhöhung der Pension von Reichsbeamten werden die Pensionen derjenigen Beamten, die bis 65. Lebensjahre vollendet oder bis zum 31. März 1900 vollendet und bis dahin Beförderung in der Rubrik nachzulesen, um 10 Prozent erhöht.

Ein demokratischer Jugendtag findet zur Zeit in Berlin statt. Es gab recht hübsche Szenen dort und schließlich wurde beschlossen, den Bund demokratischer Jugendvereine zu gründen.

Zu der Angelegenheit des Franzosenmordes hat die Regierung der Entschädigung an die Familie des Toten genehmigt, aber die Kontribution von 1 Million zu zahlen abgelehnt, da die Berliner Polizei handelt und nicht hübsch ist.

Sie wollen hübsch haben. Der Basch für den Unterwirdung der Verantwortlichkeit hat dem Obersten Rat seinen Bericht vorgelegt. In dem vorgeschlagen wird, daß keine anderen Personen in Stelle des ehemaligen Kaisers vorstellt werden dürfen.

Wesentlich Simon soll angeklagt werden. Wie aus Köln meldet wird verlangt die Entente in Krüge die Auslieferung des Wesentlich Simon, der leinertig, wie berichtet, die Verurteilung der französischen Namen nach dem Demoral des alten Reich unter den Händen, rekonstruirt und jetzt das „Kriegs“ auf

Stöße gegen Ausland zur See. Der Rat der Außenminister der Allierten hat die Aufrechterhaltung der Blockade gegen Rußland beschlossen. Die man aber die Aufrechterhaltung der Blockade zu einer Zeit, die an den Blockademaßnahmen gegen Ausland zwingen kann, würde jetzt vorgeschlagen, lediglich die Blockade zur See fortzusetzen zu lassen.

Der spanische König hat Marita mit der Bildung eines Koalitionskabinetts beauftragt.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 18. Juli. 60. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. Doss und Dr. Frauß.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 45 Minuten und läßt die Überleitung eines Telegramms vortragen, das der Senat der argentinischen Republik an die Nationalversammlung gerichtet hat, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Annahme des Friedensvertrages der Regierung einen vollen Wiederantritt ermöglichen.

Am dem die Welt behafteten Anteil nimmt. Die Nationalversammlung antwortet mit einem Danktelegramm.

Es folgen Anfragen.

Abg. Gaverentz (Dn. Vpt.) fragt an, was die Regierung zu tun gedenke, die Verträge, die Ablegung militärischer Beamten durch Angehörige sozialdemokratischer Parteien durchzuführen.

Gehcimrat Freiliger v. Weiser: Die Regierung ist der Ansicht, daß Beamte aus ihrer Stellung nicht auf Verlangen dritter, sondern nur nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen entfernt werden müssen.

Abg. v. Graefe (Dn. Vpt.) fragt an, was die Reichsregierung gegen einen Antrag des medienburgisch-sachsen Ministeriums des Innern, wonach frühere aktive Offiziere nicht als Hilfsarbeiter bei den Kreisbehörden anzunehmen sind, zu tun gedenke.

Gehcimrat Freiliger v. Weiser: Die Reichsregierung wird Veranlassung nehmen, die Angelegenheit nachzuführen.

Abg. Hampe (Dn. Vpt.) fragt an, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um dem immer mehr sich greifenden

Uebel des Glückspiels.

auch das nachdrücklich entgegenzutreten, wo die bestehenden Strafgesetze verliegen.

Unterstaatssekretär Dehrlitz: Dr. um die Strafgesetze nicht ausreichen, wird eine entsprechende Ergänzung bei der Strafrechtsreform erwogen.

Abg. Dr. Oberholzer (Dn. Vpt.) fragt an, was die Reichsregierung getan habe, um der planmäßigen Verbeugung des roten Soldatenbundes, gerichtet auf die innere Zerstörung der freiwilligen-Regimenter, entgegen zu arbeiten.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Als Gegenwirkung gegen die auf der Reichsregierung beruhten Treiberarbeiten wurde eine Anklagung der Truppen organisiert, ferner auch Schutz- und Hürden für die Mannschaften. Die Interpellationen Heiser (D. Vpt.) und Franke (Dn. Vpt.) wegen des Landesbesitzeres werden demnächst beantwortet werden.

Das Haus stellt die Beratung des Verfassungsentwurfs bei dem Abschnitt „Bildung und Schule“ fort, zu dem das bereits veröffentlichte Schulkompromiß als Antrag Loeb, Gröber und Genossen vorkommt.

Abg. Weß (Dn. Vpt.) macht als Berichterstatter längere Ausführungen.

Reichsminister des Innern Dr. Doss: Mit der Vereinbarung des Schulkompromiß zwischen zwei Grundverfassungen getroffen ist, worin sich auch die Regierung einverstanden erklärt. Die Vereinbarung gab den Nächstezeitigen, den Eltern, die Entscheidung. Der Kampf verschwindet damit nicht aus der Allgemeinheit des Volkes, sondern wird in die Gemeinden verlegt. Der Kampf wird weitergehen, er kann ohne Zwang nicht beendet werden. Hier Zwang anzuwenden, ist aber unmöglich, denn nirgends erbittert er mehr, als in religiösen Dingen in Weltanschauungskämpfen. Einen solchen Kampf wollen wir nicht. Wir wollen einen rein geistlichen Kampf. Alle Religionsauffassungen wendeln sich im Strom der Zeiten. Die Wissenschaften Philosophie und Theologie sollen den Kampf ausfinden. Der Staat solle keine Zwänge setzen von heute und das ist ein bedeutender Fortschritt. Ein anderer Vorteil ist der organische systematische Aufbau des ganzen Schulwesens. Hierin liegt eine der ersten Erfolge der Verfassungsarbeit. Das Kind unbestimmter Eltern Erziehungsbedürfnisse erhalten sollen, ist gleichfalls hochbedeutend. Es hebt eine der Ursachen zur Ungleichheit auf, bedeutet höchste Verwirklichung für den einzelnen wie für den Staat. Wir schaffen die Voraussetzung eines religiösen und sozialen Friedens.

Abg. Schulz-Dupprehen (Soz.): Wir Sozialdemokraten sind von jeder Behauptung der Reichsschulungsgebung gewohnt, haben aber bisher selten auf weiter fort geschritten. Wir haben auch keine Bestätigung, um über das selbige Schulkompromiß besonders zu freuen. Als Kompromiß befriedigt es keine Partei vollkommen.

Der Grundgedanke des Schulkompromiß ist Freiheit im Denken und in der Weltanschauung, keinerlei Verengung durch die Eltern und Erziehungsbehörden durch einen Mehrheitsbeschluß. Für uns Sozialdemokraten kommen in der Schulfrage drei wichtige Grundzüge in Frage: die Weltlichkeit, die Einseitigkeit und vor allen Dingen die Einbeziehung der Arbeit in den Plan und Geist der Erziehung. Wir haben heute nicht reiflich durchdenken können. Aber wir sind schon bereit aufzutreten, doch wenigstens das Prinzip festgelegt worden ist. Zum Schluß werden sich Redner gegen die Angriffe der Unabhängigen und empfiehlt die Annahme des Schulkompromißes. (Beifall.)

Abg. Gröber (Ztr.): Wir haben es im Ausblick einmütig für die soziale Einheitschule ausgeprochen. Bezüglich des Religionsunterrichts ist es schon im Ausblick gelungen, eine Lösung zu finden, die wir als eine ausreichende und genügende anerkennen vermocht haben. Die zwei übrigen Hauptfragen, Konfessionsfreiheit der Schule und Privatfächer, dagegen sind erst durch das Kompromiß einer Lösung entgegengeführt worden, der wir zustimmen in der Lage sind. Möge es uns gelingen, die Schule auf die Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Wiebergeburdt des deutschen Volkes sein muß. (Beifall.)

Abg. Seyffert (Dem.): Viel unserer Erziehung muß die Stärkung der sozialen und der Staatsgenossenschaft sein. Die Staatschule ist ungerichtet und unwahrscheinlich gewesen ist, muß fallen und auch für den Armer, Unfähigen die Bahn frei gemacht werden.

Abg. Traub (Dn.): Wir sind der alten Schule dankbar für den Geist, in dem sie uns erziehen hat. Bedauere man die Schule nicht zu viel aufzugeben. (Sehr richtig! rechts.) Das Kompromiß ist unmündlich.

Abg. Zöl (Ztr.): Die Verfassung steht die dreißigjährige Schulpflicht vor. In der Richtung wären Gleichrichtungen beim Übergangsbestimmungen zu treffen. Auch die Ausbehnung des Fortbildungsschulunterrichts bis zum 18. Jahre ist nicht notwendig.

Unterstaatssekretär Schulz: Die Fortbildungsschulpflicht muß, wenn natürlich auch mit aller Geduld, durchgeführt werden. Zweifel über den Begriff des Erziehungsberechtigten dürfen nicht bestehen. Die Frage wird aufgeführt werden. Eine staatliche Einheitschule werden wir nicht haben, so lange der Charakter des gesamten Reiches nicht einheitlich ist. Eine staatliche Gemeinschaft gibt es nicht, weil eine zeitliche Gemeinschaft der Art nicht besteht. Was wir eritreben, ist eine Verbindung zwischen Schule und Elternhaus herbeizuführen und damit auch den Kampf zwischen Eltern und Kindern ein für allemal an der Welt zu schaffen. (Beifall.)

Um 12 Uhr wird die weitere Beratung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Am Regierungstisch: Dr. Doss, Dr. Frauß, Koste, Dr. Sell.

Vizepräsident Haushamm eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 10 Minuten.

Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird bei dem Kapitel „Bildung und Schule“ fortgesetzt. Gehcimrat Freiliger v. Weiser: Nach dem der Kompromißvorschlag durch alle Redner geteilt, daß durch sie ein Kampf auf dem Gebiete der Schule entzünden müßte. Die Regierung erwirkt allerdings, daß das Kompromiß den Kampf entzünden würde. Wir aber glauben, daß seine Verwirklichung die Folge ist. Wir treten dafür ein, daß die Bestimmung und die Simultanfächer, wo sie geistlich begründet sind, erhalten bleiben.

Abg. Zimmer (U. S.): Wir verlangen volle Einheitschule. (Beifall.)

Abg. Dr. Ruppe (Dem.): Das Kompromiß ist juristisch unklar.

Abg. Frauß (Soz.): Die weltliche Schule, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ist infolge des Schulkompromiß möglich geworden. Wichtig ist die Mitwirkung der Erziehungsbehörden. Darin liegt gerade der Fortschritt der Leisern.

Abg. Kleinländer (Ztr.): Die neue Schule, wird Freude an der Arbeit werden und plagen.

Abg. Kagenstein (Soz.): Verwunderlich ist die Angst gerade der Demokraten vor der Entwicklung. Wenn dem Demokraten dies und jenes an dem Kompromiß nicht gefällt, hat er doch sein Recht zu formieren gegen uns. Die Demokraten haben sich in der sogenannten Stunde unseres Volkes der Verantwortung übertragen, entgegen. (Beifall.)

Die Zustimmung bei der Sozialdemokratie und im Zentrum. Daß sie uns alle Konsequenzen aus der traurigen Lage unseres Volkes aufgeladen, ist gar für die Demokraten bequem, sollte sie aber von Vormütern gegen uns zurückhalten. (Beifall.)

Abg. Frick (U. S.): Ich sehe nicht an, zu erklären: selbst wenn wir die absolute Mehrheit in diesem Hause hätten, müßten wir bei der Entscheidung andersdenkender Teile unseres Volkes Rechnung tragen. (Beifall.)

Abg. Gröber (Ztr.): Die Herren Mehrheitssozialisten geben von dem Erarbeiteten Programm ein Bild nach dem anderen preis.

Abg. Hofmann (Ztr.): Die Konfessionsschule soll nicht den Kopf schüren, sie soll die Verwirrung prodigieren. Damit schließt die Besprechung.

Der Namensentwurf ergibt die Annahmehheit von 218 Mitgliedern. Das Haus ist alle beschließen.

An der Abstimmung wird zunächst der Antrag Selig in der Lebensfrist des Abschlusses liegt „Bildung und Schule“ zu legen: „Bildung und Erziehungswesen“ abgelehnt.

Die Artikel 139 (Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre), 140 (öffentliche Bildungsanstalten), 141 (Staatsaufsicht) und 142 (allgemeine Schulpflicht) werden in der Zustimmung angenommen.

Auf Antrag Kagenstein ist der Hinweisung auf Artikel 142, daß nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Fortbildungsschulen Unterricht und Lehrmittel unentgeltlich ist.

Die Artikel 143-146 werden in der Stellung des Kompromißes nach dem Antrag Doss-Gröber gegen die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien, der Demokraten und der Unabhängigen angenommen.

Alle übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt.

Nachdem schließlich Artikel 147, der den Denmalstag bestimmt, angenommen ist, wird die weitere Beratung vertagt.

Nach längerer Gehcimratsredensdebatte einigt sich das Haus auf Beendigung der Verfassungsberatung am Montag und Dienstag.

Die große politische Aussprache beginnt am Mittwoch mit den Reden der Minister.

Nächste Sitzung Sonnabend 9 1/2 Uhr. Keiner Vorlesung.

WTB. Weimar, 18. Juli. Der Reichstagsrat der Nationalversammlung beschloß in seiner heutigen Sitzung am Dienstag die programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Reichsministers des Innern entgegenstimmenden für den Ernst Knauth, welche die zweite Sitzung des Verfassungsentwurfes am Montag in Gabe zu bringen. Sollte nach dem Gange der Verhandlungen diese Angelegenheit nicht eintriften, soll die zweite Sitzung des Verfassungsentwurfes unterbrochen und bereits am Montag in die große politische Aussprache eingetreten werden. Die Aussprache werden, lediglich juristische Beiräte zum Bestehen haben. Bei dem ausgeschrittenen Arbeitsprogramm der Nationalversammlung wird mit dem Abschluß einer Tagung bis Ende August gerechnet.

Aus aller Welt.

Berlin, Mitt 9000 Markt Vertriebsabnehmer durchbrachen: ist der am 28. September 1893 in Brandenburg a. d. Havel gehörige Schloßer Otto Weier. Weier stand im Dienste der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Potsdam.

Berlin, 27. Juli. Der Reichstag hat gegen das Verbot des „Sozialisten“ einen Antrag gestellt, das Verbot des „Sozialisten“ nicht geltend zu machen. 136 Stimmen gegen 232 Stimmen genehmigt.

Demokratisch für den gewählten Reichstagen: Max Seyffert, für den Unabhängigen: Rudolf Rosenfeld. Beide in Halle. Druck und Verlag der Buchhandlung G. W. B. in Halle. Nr. 104/105.

Walhalla-Operetten-Theater.
Letzte Sonntag-
aufführung.
Ensemble-Gastspiel
 Dir. Felix Mehrardt.
Der Operettenschlager:
Ihre Hoheit —
die Tänzerin.
 Musik v. Walter Götz.
 Die Vorstellung beginnt
 pünktlich 7 1/2 Uhr.
 Kasse Sonntag ab
 10 Uhr ununterbrochen

Stadt-Theater
 Sonntag, d. 20. Juli 19,
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
Vollvorstellung
 bei ganz kl. Preisen:
Die Haubenlerche.
 Schauspiel
 von Wildenbruch.
 Abds. 7 1/2, Ed. 10 1/2, Uhr:
Wie Rose von Stambul.
 Operette von Leo Fall.
 Montag, den 21. Juli 19
 wegen Vorbereitung
 in „Götterdämmerung“
 keine Vorstellung.

Z O O.
 Sonntag, den 20. Juli 19,
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
Konzert
 vom
 Selter-Orchester.
 Leitung:
 Musikdir. Wido Siefert
 (Kapellmeister d. S.).
 Abends 7 1/2 Uhr:
Militär-Konzert
 von der
Kapelle des F.H.F.
 Regts. Nr. 30
 Leitung:
 Kapellmeister O. Haupt.
 Eintrittspreise:
 Erwachsene 1 Mk.,
 Kinder 50 Pf.
 Bei ungünstigem Wetter
 finden die Konzerte im
 Saale statt.

Bad Wittekind.
 Sonntag, den 20. Juli 19,
 früh 1/7 bis 1/9 Uhr:
Früh-Konzert
 und nachmittags 3 1/2, Uhr:
Kur-Konzert
 ausgeführt von der
Kapelle des F.H.F.
 Regts. Nr. 30.
 Leitung:
 Kapellmeister O. Haupt.
 Eintrittspreise:
 zum Frühkonzert
 Erwachsene 40 Pf.,
 Kinder 30 —
 zum Nachmittagskonzert
 Erwachsene 60 Pf.,
 Kinder 40 —
 Dauerkarten 6. Gültigkeit
 in bestem impr. Reinheits-
 zeisweis abzugeben.
 M. Steinert, H.
 Rudenbergr. 3.

Thalia-Theater.
 Gastspiel des
 Stadttheater - Verjanofo.
 Sonntag, den 20. Juli 1919,
 abends 7 1/2 Uhr:
Der Strom.
 Drama von Max Halbe.

Rudfäde
 in diesem impr. Reinheits-
 zeisweis abzugeben.
 M. Steinert, H.
 Rudenbergr. 3.

Stadt-Theater.
 Dienstag, den 22. Juli 1919,
 Anfang 6 Uhr, Ende 11 Uhr:
Der Ring des Nibelungen.
 3. Tag:
Götterdämmerung
 von Richard Wagner.
 Gäste:
 Kapellmeister Fritz Reiner, Dresden.
 Kammeränger Fritz Vogelstrom, Dresden.
 Kammeränger Friedrich Plaschke, Dresden.
 Kammeränger Georg Zeitmayr, Dresden.
 Ernst Pöschel, Leipzig.
 Kammerängerin Adekla Faßbender-Mottl,
 München.
 Lily Hagemann-Wang, Berlin.
 Kammerängerin Frieda Schreiber, Leipzig.

Leipzigerstrasse 83
 Fernruf 1224.
Die Note mit dem Silberkreuz
 Sensationelle Schilderungen aus dem
 Leben eines Erfinders. Drama in 4 Akten.
 Vorführung 5.00, 7.10, 9.30.
Hilde Wörner
 in dem reizendem Lustspiel (4 Akte):
Ein Mädchen aus guter Familie.
 Beginn 4 Uhr.

peissnitz KONZERT
 angeführt vom Selter-Orchester.
 im Saale ab 3 Uhr: **Ball-Musik.**

Thalia-Festsäle
 Monat August 1919
 Gastspiel des gesamten Personals des
BATTENBERG-THEATERS, LEIPZIG
 mit dem Sensations-Schauspiel
„VERBORENE TOECHTER“
 Lebens- u. Sittenbild in 4 Akten von Thilo Schmidt
 und Heinrich Himler.
 (Ueber 100 aufeinanderfolgende Aufführungen am
 „Battenberg-Theater“ Leipzig.)
 (Zur Aufklärung und Belehrung für alle deutschen
 Frauen und Mütter.)
 Für Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.

Automobil-Verkehrs-Institut
 Gebr. Wurmstich & Co., Halle a. S.
 Merseburgerstrasse 108 Telephone 3898.
Ständiges Lager und Verkauf
 von neuen und gebrauchten
Luxus-Automobilen Zwei-, Vier- und Sechssitzer
 mit und ohne Gummi —
Last-Kraftwagen
 mit Vollgummi-Bereifung.
 Der Neuzeit entsprechend eingerichtete
Reparaturwerkstatt für Last- und
 Personenkraftwagen.

Bad Neu-Ragoczy.
 Herrlicher Ausflugsort.
 Vom Sonntag, den 20. Juli ab finden täglich
 regelmäßige Dampferfahrten statt.
 Ergebnis ladet ein
W. Julius.

Verleihung
 von eleg. offenen und geschlossenen
 Automobilen bei Tag und Nacht.

Das Recht der freien Liebe!!
 Vortrag von P. Schlaudraff-Halger
 am Dienstag, den 20. Juli 1919 abends 8 1/2, Uhr
 in der Thaliafestsäle, Seltergr. 42.
 Eintrittspreis: 1. Platz 5 Mk., 2. Platz 2.50 Mk., 3. Platz 1 Mk.
 Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben bei Carl Schilling,
 Dr. Ulrichstr. 35, Ecke Alte Promenade und an der Oberkass.
 Rosenstr. 7 1/2 Uhr. *4464

C. Hauptmann
 Kleine Ulrichstrasse 36a und b.
 Speisezimmer
 Schlafzimmer

Händler, Hausierer
 kaufen preiswert die bekanntesten Schuhmacher-Marken
 „Wirtin“ und „Hils“, Weberfest, Beckmanns, Näh-
 maschinen und andere Putzmittel, sowie ka-
 schenkerien bei
W. Loffe, Halle a. S.,
 ungetheil. einget. — Deutscher, 5. — Fernruf. 6463

Probieren geht über Studieren!
 Sehr preiswerte Angebote in 5330
 Seiden, Vell., Barchente, Flanelle, Schürzen
 und anderen Stoffen
S. Biletzky, Leipzigerstr. 103, 1 Tr.

Apollo-Theater
 Täglich abends 8 Uhr
Wiener Blut
 Operette v. Joh. Strauß
 Regt. Emmy Sturm a.
 Fernruf. 9 - 1.2.5 - 11

Wintergarten - Hippodrom
 Halle a. S. Fernspr. 2155, Magdeburgerstr. 66.
 Direktion: Georg Arndt.
Damen-Ringkampf. Es ringen
 Sonntag nachm.:
 Emmi Winter gegen
 Edela. Hansenstein,
 Vera Tarnow gegen
 Helga Hohenfels,
 Hilde Gerland gegen
 Renne Elmer.
Sonntag abend:
 Emmi Winter gegen
 Agnes Waller,
 Edela. Hansenstein,
 gegen
 Helga Hohenfels.
Entscheidungskampf:
 Vera Tarnow gegen
 Renne Elmer.
Montag abend:
 Hilde Gerland gegen
 Edela. Hansenstein,
 Emmi Winter gegen
 Klara Waldau.
Entscheidungskampf Agnes Waller gegen
 Renne Elmer.
 Man sichere sich rechtzeitig Plätze.
 Die Vorstellung am Sonntag nachm. findet bei ermäßigten Preisen
 statt. Sämtliche Künstler treten auf!
 Sonntag von 11 1/2 - 1 Uhr:
Matinee mit Reitfest
 Täglich
 von 4 Uhr an: **grosses Reitfest.**



Kammer-Große Lichtspiele
 Steinstr. 24
 Der größte
Wild-West-Film d. Gegenwart

Der schwarze Jack
 In den Hauptrollen
Gaiffi Fris und Texas Fred.
 5 Akte — 5 Akte —
 Ein Drama nach wahren Begebenheiten aus dem
 Conchos, Trappers- und Indianerleben. Durch nichts
 zu überbietende Spannung.
 Beginn täglich 3.00, 5.00, 7.00, 9.00 Uhr.
 Für Jugendliche täglich nur eine Vorstellung.
 Einlaß bis 3 Uhr.

Möbel
 auf
Telzhaltung
 Bequeme Zahlungen
 Sofortige Lieferung
Paul Sommer
 Halle
 Leipzigerstr. 10
 I u. II. Et.

Durchschlagpapier
 Quart und Folio in
 Qualität
J. Zöbisch
 Grosse Stetstr.

Gummiwaren-Fabrik
 und Versandhaus
 Preisliste gratis
C. Klappenb.
 Gr. Ulrichstr.

Beste
Dauer-Rasierer
 1 Stück . . . 40 Pf.
 12 Stück . . . 4.25
 Dauerwische-Ver-
St. Berlin 2, 1
 Ecke Stierstr.

Draht-
Fliegenklapper
 sehr sauber.
C. F. Ritte
 Leipzigerstrasse

Schluss
 der
Anzeigen-Annahme
 vormittags 10 U

Möbel.
 Empfehlung in jeder Hinsicht: Grosse Wohn-
 zimmer-Einrichtungen, Schlafzimmern, ein-
 zelne Möbel aller Art, besonders Bettstellen
 mit Matratzen, Sofas, Kleiderkränke,
 Servissen, schöne Küchengeräte usw.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen!
 — Kredit auch nach auswärts. —
 Abgangskonten und Sparkassenbücher werden
 in Zahlung genommen.
N. Fuchs,
 Möbel-Ausstattungs-Gesch.
 Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58,
 I, II, III. Etage. 4012

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 18. Juli. Vizepräsident Preussel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Zur zweiten Beratung steht der Entwurf zur Aufhebung des Ortschulspflichtgesetzes.

Hg. Dr. Forst (Zr.): Wir sind mit der Aufhebung einverstanden, falls der Einfluß der Kirche auf die Schule in anderer Weise gewahrt bleibt.

Hg. Frau Neandke (H. S.): Wir sehen in dem Gesetz eine Absichtsgeschichte auf dem Wege zur freien Schule.

Hg. Freyherr von Wangenheim (Wesf.) äußert sich im Sinne von Dr. Forst.

Paragraf 1. Aufhebung der Ortschulspflicht, wird einstimmig angenommen.

Paragraf 2 ermächtigt die Aufsichtsbehörden, die Geschäfte der bisherigen Ortschulpflichten auf andere Behörden oder Fachleute zu übertragen.

Hg. Reumann-Königsberg (So.): Wir halten an unserer Grundansicht fest und werden nicht nachgeben.

Hg. Kimpel (Dem.): Wir sind gegen die Anträge.

Hg. Polmann (D. Vpt.): Wir stimmen für den Schulbeitragsantrag des Zentrums.

Paragraf 2 und der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der Anträge in der Ausschussfassung angenommen.

Darauf wird die Vorlage in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung gegen das Zentrum und einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs zur vorläufigen Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverwaltungsrechts.

Dr. Forst wird im Ganzen angenommen.

Anträge zur Förderung des Volkshochschulwesens gehen in den Haushaltsausschuß.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird der Gesetzentwurf zur Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Hg. Dr. Weidig (D. Vpt.): Ich wundere mich, daß weder der Minister, noch seine Kommissare hier sind.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein.

Die Aussprache über den Haushaltsanschluß des Ministeriums des Innern wird gegen 1/8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Mater: Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Organe des Ministers sind, ist keine Rede.

Hausbesitzern nicht überhaupt die Ertragsberechtigung abprechen und ihr Eigentum konfiszieren will. Auch Genossenschaften müssen heute, wenn sie ihre Wohnungen in Eröpfung halten und ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern erfüllen wollen, die Mietpreise erhöhen, und der Staat oder die Gemeinden müßten, wenn sie alle Wohnungen übernehmen wollten, das gleiche tun, sofern sie nicht die Differenz zwischen Mietpreisen und Unterhaltskosten aus öffentlichen Mitteln decken wollen. Bei den Mietforderungen der meisten Hausbesitzer handelt es sich nicht nur um einen Ausgleich für die gesteigerten Unterhaltskosten; ihr Ziel ist vielmehr die allgemeine Aufrechterhaltung der Mietpreise, die gleichbedeutend ist mit einer Überbewertung ihres Grundbesitzes und einer dauernden Steigerung ihrer Grundrente.

Müsse nun die heutige Wohnungsnot überhaupt entstehen? Und warum geschieht nichts oder nicht genug, um sie zu beseitigen und durch einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt den Mietsteigerungen entgegenzuwirken? Die Wohnungsnot mußte in der kapitalistischen Gesellschaft unter den obwaltenden Umständen entstehen. Nach Ausbruch des Krieges wurde die Wohnungsbautätigkeit fast überall in Deutschland so gut wie ganz stillgelegt. Warum? Einfach deshalb, weil der Bau von Wohnungen nicht mehr profitabel war.

Die Wohnungsnot mußte in der kapitalistischen Gesellschaft unter den obwaltenden Umständen entstehen. Nach Ausbruch des Krieges wurde die Wohnungsbautätigkeit fast überall in Deutschland so gut wie ganz stillgelegt. Warum? Einfach deshalb, weil der Bau von Wohnungen nicht mehr profitabel war. Infolge der Auflösung vieler Haushalte waren damals viele Wohnungen leer, und soweit die Besatzer ihre Wohnungen an andere Mieter abgeben wollten, waren sie durch die hohen Preise der Lebensmittel gezwungen, unter diesen Umständen für die Vermietung von Wohnungen auf ein profitables Geschäft zu sein, und damit hörte auch die Möglichkeit der Profitgewinnung bei im Wohnungsbau und der Anreiz zum Wohnungsbau auf.

Es ist unter diesen Umständen dringende Pflicht des Reiches, lante der Einzelstaaten und Gemeinden, mehr als bisher für den Bau von Wohnungen, besonders für den Bau von Kleinwohnungen, zu tun. Das Reich hat bis jetzt 800 Millionen Mark zur Abführung der Bankrottübersetzung und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gestellt. Die Einzelstaaten und die Gemeinden haben zusammen ungefähr das gleiche getan. Diese Summen sind wohl bis auf einen kleinen Rest verandt; sie reichen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in dem Umfang, wie dies zu einer gewissen Beseitigung der Wohnungsnot und der allgemeinen Mietsteigerung notwendig ist, nicht im entferntesten aus.

Millionen an Arbeitslosenunterstützung zahlt. Man wende diese Summen einfach an, um die Wohnungsbautätigkeit in großem Maßstab in Gang zu setzen und wirtschaftliche und kulturelle Werte für die Zukunft zu schaffen. Die Rohstoffe für den Wohnungsbau sind in Land; an ihrer Gewinnung kann uns kein Mangel an Rohstoffen und keine schlechte Natur hindern. Wägen wir nicht, Einzelstaaten und Gemeinden auf diesem Gebiete selbst mehr Initiative zu entwickeln und für die Gelder, die sie jetzt für unproduktive Zwecke ausgeben, selber Bautische herzustellen und für ihre Arbeiter und Angestellten Wohnungen bauen. Sie erfüllen damit nicht nur ihre soziale Pflicht ihren Arbeitern gegenüber, sondern sie befähigen damit auch wirksam die allgemeine Wohnungsnot und den Wohnungsrunder. Es würde auf die Verbesserung des Wohnungswesens hin, schaffen Arbeit für unsere Arbeitslosen. Wägen wir nicht, Einzelstaaten und Gemeinden auf diesem Gebiete selbst mehr Initiative zu entwickeln und für die Gelder, die sie jetzt für unproduktive Zwecke ausgeben, selber Bautische herzustellen und für ihre Arbeiter und Angestellten Wohnungen bauen. Sie erfüllen damit nicht nur ihre soziale Pflicht ihren Arbeitern gegenüber, sondern sie befähigen damit auch wirksam die allgemeine Wohnungsnot und den Wohnungsrunder.

Sowohl Reich, Einzelstaaten und Gemeinden nicht selber bauen wollen oder können, müssen sie den gemeinnützigen Baugenossenschaften ausreichende Mittel zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung stellen. Sind diese Mittel auf anderem Wege nicht zu beschaffen, so wäre zu erwägen, ob sie nicht dadurch beschaffen werden können, daß man den Vermietern aller Wohnungen einen Teil des steigenden Mietertrags abnimmt, der heute infolge der Wohnungsnot in ihre eigenen Taschen fließt und in Zukunft in noch höherem Maße in ihre Taschen fließen wird. Es wäre auf diesem Wege Hunderte von Millionen zu beschaffen, die zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden könnten.

Halle und Saalfreis.

Halle, 19. Juli 1919.

Wichtig! Funktionäre, Meistkämpfer, Stadteordneten und Agitationskommissionen.

Dienstag abend 7 1/2 Uhr findet im Gemerkhofsaal, Zimmer 14, eine außerordentlich wichtige Sitzung statt. Der Vorstand ersucht alle Eingeladenen, pünktlich zu erscheinen.

Der 21. Juli in Halle.

Das Elektrizitäts- sowie das Wasserwerk wird am Montag arbeiten. Die Gasarbeit beizuliegen sich am Freitag, jedoch kaum am Samstag und Sonntag. Die Verbraucher zu geben werden. In einer kürzlich verlaufenen Stadtratsversammlung stimmten bei einigen Stimmhaltungen 99 für und 86 gegen den Streik. Drei Fünftel der Stadträte waren in der Versammlung nicht zugegen und haben nicht mit abgestimmt. In den übrigen Betrieben wird gleichfalls zum großen Teil die Arbeit ruhen.

Genossen!

Am 21. Juli reihen sich die Sozialisten aller Länder die Hände zu gemeinsamen kraftvollen Protest gegen Imperialismus, Kapitalismus und Krieg. Freieheit und Recht. Wir erklären uns solidarisch mit dem internationalen Proletariat in der unermüdbaren Wiederholung dieser Forderungen, im rastlosen Kampf für die Einigung der Welt unter dem Banner des Sozialismus. Es lebe die Internationale des Geistes und des Rechtes! Die Sozialistische Studentengruppe Halle.

Was bedeutet der Anschlag an unsere Partei.

Darüber schreibt Max Adler einmal folgende schönen Worte:

Im Sozialismus stoßen wir auf eine von der bürgerlichen prinzipiell verschiedene Staats- und Gesellschaftsauffassung, die mit den alten politischen Vorstellungen ebenfalls radikal gebrochen hat, wie sie mit den alten politischen und materiellen Gewalten brechen wird und wird. Auch wo daher der Sozialismus überliefert nur als politische Partei mit entgegengesetzten bürgerlichen Parteien auftritt, ist er doch durch diesen, das gesamte Denken und Fühlen seiner Anhänger umformenden besonderen Ideen- und Gemütsinhalt seiner Anschauungsweise, kurz durch seine ganze geistige Struktur, von dem sonstigen Wesen einer politischen Partei getrennt. Dies kommt selbst seinem einfachsten Mitglied in dem eigenartigen Gefühl zum Ausdruck, daß sein Parteianhänger mehr bedeute als bloße Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation, nämlich den Anfang zu einem neuen Weltanschauung über sich selbst und seine Klasse, zu einem neuen Leben in der geistlichen Aufgaben dieser Klasse, zu einer geistlichen und materiellen Neuschöpfung der menschlichen Gesellschaft. Es ist die großartige Ausbreitung des Blickes auf den Menschheitshorizont, welche der Sozialismus gerade durch die politische Parteinaahme der Sozialdemokratie in jedem seiner wahrhaftigen Anhänger bewirkt, wo es sonst das Wesen aller anderen Parteien ist, den Horizont ihrer Mitglieder auf die kleinen Kreise von Sonderinteressen aller Art zu verengen.

Ein gebildetes Presse ist dem ehrwürdigen "Weltblatt" die "Ankündigung" des Republikaner Carlsson über die Volkstimme. In Ermangelung geistiger Waffen und logischer Argumente ergreift das liebe Blatt nun guten Ton den Hingern Knoden des Reaktionsärs und wickelt mit ihm nach uns. Uns hat dieses kindliche Vergnügen der lieben Brüder" ebenfalls Freude gemacht, wie das "Drohen" des Herrn Carlsson. Die innige Gesellenverwandtschaft, die die radikalen "Weltblatt" Leute mit Marxwardt und Gegenrevolutionären dem Schlage des "Weltblattes" verbindet, schafft vielleicht Gelegenheit, der mit guten Gründen und bunten angebundenen Verdrehen auf die Spur zu kommen. Wieviel wird die kammelschleiche Freude des geliebten "Weltblattes" über die angebliche "Ankündigung" des Carlsson sein? Dieser Eigenschaften, die beim "Weltblatt" recht hart ausgeprägt sind.

Mietsteuerung und Wohnungsnot.

Von A. Ellinger.

Wohl nichts ist instände, das Wesen unserer kapitalistischen Wirtschaft greller zu beleuchten, als unsere gegenwärtige Wohnungsnot. Seit Jahren müssen in Deutschland hunderttausende Familien in den notwendigen Hörgen hausen und Tausende können überhaupt keine Wohnung finden. Schon jetzt wird der Bedarf an neuen Wohnungen im Deutschen Reich von Millionen auf eine Million geschätzt, und der Bedarf ist zurzeit noch ständig im Wachsen.

Für die Hausbesitzer bedeutet ein solcher Zustand Wohlstand. Auf Grund der Tatsache, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Wohnungen eine Ware sind, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage richtet, steigen sie bei einer neuen Mietsteigerung ab, während Mieter mit einer neuen Mietsteigerung abgedrängt werden. Und doch ist es eine Tatsache, daß die Mietsteigerung in der Regel vorangeht, bevor es die Mietsteigerung überhaupt hat.

Es ist nicht zu betreiten, daß es vielen Fällen einzelne dieser Gründe hauptsächlich sind und daß häufig eine Verbindung der Gründe besteht ist, wenn man den

Bei Tausch & Grotte hat Otto Fischer-Lambert aus, besser Kunst und Wissen nicht und nichtsigenen Madamen abtreiben...

Eingelandt.

(Mit der Preisentfaltungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Preisabstand und Streikverbot.

In der hiesigen Zeitung vom 6. Juli, Nr. 324, befindet sich unter "Vollständig" ein Artikel...

Gemeinschaftliches.

16. Generalversammlung der Mäter. Die 16. Generalversammlung des Zentralverbandes der Mäter...

Bei der Statutenberatung wurden die Vorschläge der Statutenberatungs-Kommission fast zeitlos angenommen. Nach den Beschlüssen wird eine besondere Jugendabteilung gegründet...

Bermittliches.

Ein drohendes Fortkommnis passierte dem unabhängigen Parteileiter, "Die Tat" in Willemschaven. Ein Artikel über die Kaiserrepublik in Götting...

Wendchen!

Da wir am Tumm bauen zu Babel und trüben seine Sinne mit Hohmüt und Maß der Herron, wuchs Einigkeit mehreroh...

den sich das einmal gewohnte Gefühl bilden soll. Ferner. Im Falle neben ihm sind japanische Glasfäden, die etwas größer als der Nahrung sind...

Aus der Provinz.

Wer hungert das Volk aus? Schulmeistern klagen die Bergwerksbesitzer über die "unbeachteten" Streiks der Bergarbeiter...

Wahlkreis. Stadtverordneten-Sitzung am 9. Juli 1919. Die Verlesung wurde 6 1/2 Uhr von dem Sozialdemokratischen Stadtrat...

Zurück. Stadtverordneten-Sitzung. Beim ersten Punkt der Tagesordnung wird dem Faktor Brandt in der Förder...

Ähnliche Bekanntmachungen für Weibensels.

Sebensmittelverteilung im Stadtwahl. In der Woche vom 21. bis 26. Juli kommen nach der Stadtwahl...

Ärztliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.
Am Montag, den 21. d. M., wird der Betrieb des Gaswerks ruhen. Montag morgen kann in der bekannten Abgabe noch Gas abgegeben werden, dagegen muß die Gasabgabe am Montag mittig und abends gespart werden, um Dienstag morgen an wieder in den bekannten Abgaben Gas abgeben zu können. Zur Vermeidung von Unfällen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß das Schließen der Gasflüsse nicht verkannt wird.
Eine Unterbrechung der Wasserabgabe erfolgt voraussichtlich nicht.
Halle, den 19. Juli 1919.
Die Verwaltung der Rädt. Gas- und Wasserwerke.

Bekanntmachung
der Kohlenabgabe durch die Kleinhändler.
Von einzelnen Kleinhändlern, die auf die grünen Kohlenarten (1. Ausgabe) bereits 5 Zentner geliefert haben, sind vorzugsweise beliebige Einzelabnahmen der blauen Kohlenart (2. Ausgabe) bei der Distriktsstelle abgegeben worden. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß die vorzugsweise Einzelabnahme dieser blauen Kohlenart (2. Ausgabe) erst voraussichtlich im Oktober freigegeben werden wird. Wer sich jetzt schon auf diese blauen Kohlenarten Kohlen liefern läßt, muß damit rechnen, daß er später, wenn die betr. Kohlen und Nummern aufgeben werden, nicht noch einmal Kohlen bekommen kann; er muß sie als Vorrat für den Winter aufheben, sonst fallen sie ihm später. Jedenfalls dürfen auf blaue Kohlen nicht vorzugsweise abgegeben werden.
Halle, den 18. Juli 1919.

Brennstoff-Versorgung.
Die Oberärztl. Halle bietet zur Zeit einzelnen Patienten Gelegenheit, im Waide in nicht kultivierten Schlägen alle Glieder, Erbsen - Wurzeln - nach näherer Anweisung des Arztes, dieses Erben in Verbindung bei Nierenleiden selbst zu ernten. Nach der Rodung wird das Holz nach Kammermännern abgehaut und kann nach Beschlag abgeholt werden. Der Preis stellt sich auf etwa 1,50 Mk. je Kammer. Vom 1. Oktober ab treten neue Preise in Kraft.
Halle, den 18. Juli 1919. Die Distriktsstelle.

Bekanntmachung.
Gemäß den von der Staatsrat für Gemüse und Obst in Abgang technischer Erzeuger und Großhändler (Schiffrecht) im Frühjahr, welche vom 16. Juli 1919 ab gelten, werden folgende Kleinhandelspreise mit sofortiger Gültigkeit für das Jahr festgesetzt:
Gefüllte Gurkengurke 25 Pf., Großhandelspreis 15 Pf., Kleinhandelspreis 16 Pf.
Kohlrabi: Gurkengurke 18 Pf., Großhandelspreis 23 Pf., Kleinhandelspreis 21 Pf.
Halle, den 17. Juli 1919. Der Magistrat.

IV. Rechtsg.
Am den 22. September 1919.
Der Preis für 1 Kubimeter Niederdruck beträgt bei Erzeugung von Steinkohlen, Kohlen und Heizen 40 Pf., zum Betriebe von Gestirnschleimern und für andere gewerbliche Zwecke 50 Pf.

b) zu den Bedingungen für die Entnahme von Gas aus Formaten vom 22. Dezember 1913.
Die Gasabgabe durch Ringsänger erfolgt nach Form A zum Preise von 40 Pf., nach Form B zum Preise von 43 Pf. für 1 Kubimeter.
c) zu den Bedingungen für die Entnahme von Gas nach dem Kaufpreis (ohne Gasmesser) vom 28. Dezember 1915.
Der Kaufpreis beträgt für 1 Leuchtflamme von 100 Kerzen hellgelbt bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit von 1. 4 bis 30. 9 2/3 Pf., von 1. 10 bis 31. 8, 4/5 Pf., für jede weitere angezündete Flamme 2/3 Pf., 3/2 Pf., für 1 Leuchtflamme von 50 Kerzen hellgelbt bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit von 1. 4 bis 30. 9 2/3 Pf., von 1. 10 bis 31. 8, 2/5 Pf., für jede weitere angezündete Flamme 1,40 bzw. 1,80 Mk. monatlich.
Dieser Magistrat tritt mit der Gasmessereinstellung bzw. bei Kaufpreis-Übernahme mit dem Tage der Abrechnung im Juli 1919 in Kraft.
Halle, den 29. Mai 1919.
Der Magistrat,
Segebel, Kammer.

Lebensmittel-Kalender.

Frühkartoffel-Versorgung.
Der Stadt Halle sind von der Provinzialkartoffelstelle für nächste Woche 1000 Zentner Frühkartoffeln zugewiesen worden. Die Kartoffeln kommen natürlich nur nach und nach herein, die Bevölkerung kann daher nicht auf einmal beliefert werden. Die erste Ladung ist bereits gestern eingetroffen und kommt heute, wie schon bekannt, in der Zalmantische an die aufgegebenen Haushalte zum Verkauf.
So bald nachher die Märkte eintreffen, werden solche dem Handel zufließen. Der Verkauf soll nicht auf Kundentellen erfolgen; das Publikum wird jedoch gebeten seine Kartoffeln möglichst ab zu kaufen, wo es bisher gekauft hat, damit ein unnötiger Andrang vor den einzelnen Geschäften vermieden wird. Bevor nicht alle Käufer von Kartoffeln auf Märkte 5 bis mit 1 Pfund beliefert sind, wird eine neue Verteilung nicht angestrebt.
Es wird auch wiederholt dringend darauf aufmerksam gemacht, daß in der Zalmantische nur diejenigen Haushalte zum Kaufen berechtigt sind, die aufgegeben worden sind.
Kartoffelverkauf. Da es noch unbekannt ist, ob die nach hier gemeldeten Kartoffeln rechtzeitig eintreffen, wird der Verkauf an den Platanjalen bekanntgegeben werden.

Verteilung der Nahrungsmittel in der Woche vom 21. bis 27. Juli 1919. In der Woche vom 21. bis 27. Juli 1919 werden für den Kopf der Bevölkerung auszugeben: 1/2 Pfund Gruppen, 1/2 Pfund Nudeln, 1/2 Pfund Brotanfertigung, 125 Gramm Erbsen, 150 Gramm Nudeln, und als Ersatz für Kartoffeln 250 Gramm Kartoffelmehl. Die Abgabe des Kartoffelmehls hat auf den Abfall 51 der Kartoffeln zu erfolgen. Die Abfälle sind zu übergeben und am Montag, den 28. Juli im Stadternährungsamt, Hof, Saal links, abzugeben. Der Verkauf der anderen Waren wird durch folgende Bekanntmachung geregelt werden:
50 Gramm Butter. In der Woche vom 21. bis 27. Juli 1919 werden auf den Abfall 30 der Fettkäse für jede Person des Haushalts 50 Gramm Butter zum Preise von 46 Pf. abgegeben. Die abgetrennten Abfälle sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 28. Juli 1919 abzugeben.
Städtischer Verkauf von Fettkäse (2. Sonder-Verteilung

im Hinblick auf die Verteilung von Schiefer Käse) in der Zalmantische am Dienstag, den 22. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 55 001 - 54 800 vormittags von 8 - 12 Uhr und 54 801 - 50 500 nachmittags von 2 - 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 100 Gramm zum Preise von 65 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelkarte ist vorzulegen. - Abgegebenes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Dampfer erfolgt am Montag, den 21. Juli 1919 auf den Abfall 14 von die eingetragenen Kunden bei dem Fischhändler Ende, Delfinger Straße 10 und in der Verkaufsstelle der Salzlischen Kollekt, Glauchaer Str. 15/16 und der Werbiger Molkerei, Freiheitsstr. 8. Auf jeden Abfall mit 24 Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abfälle sind bis 24 Juli abzugeben.

Gruppen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Gruppen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 22. Juli für jede Person eines Haushaltes wird 1/2 Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Gruppen einzukaufen, bei welchem sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundentellen eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Aufsicht der Polizei 365 der Warenbezugsstellen 23. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu hinterlegen gebündelt im Stadternährungsamt Markt, platz 22. 1. Obereckhof (Saal links), binnen acht Tagen unter Angabe ihres Kontostandes einzureichen. - Zwischenhandlungen unterliegen der Befragung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Nudeln. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelskarten, welche Kundentellen eingetragen haben, werden aufgefordert, die Teigwaren (Nudeln) bei dem Stadternährungsamt, Markt, platz 22, am Montag, den 21. Juli, 6 - 8 am Dienstag, den 22. Juli, 2 - 4 am Mittwoch, den 23. Juli, 6 - 8 am Donnerstag, den 24. Juli. Die Kleinhandler sind verpflichtet, die Abgabe den Betrag an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Teigwaren zu versorgenden Verbraucher anzugeben.

Kundentellen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelskarten, welche Kundentellen eingetragen haben, werden hierdurch aufgefordert, am Montag, den 21. und am Dienstag, den 22. Juli 1919, bei den von ihnen gemeldeten Geschäftswesen, den in nächster Woche zum Verkauf gelingenden Kundentellen abzugeben.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erlösigter Sonderkarten für Kinder bis zu 12 Jahren. In Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. bzw. 21. Juli 1917 wird die weitere Ausgabe der Karten, welche zum Warenbezug für Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren sowie für über 70 Jahre alte Personen berechtigen, wie folgt geregelt: Die Ausgabe der Karten findet am Montag, den 21. Juli 1919, ab, gleichzeitig mit dem Brotmarken in den zuständigen städtischen Warenbezugsstellen. Bezugsberechtigt sind alle Inhaber von Lebensmittelkarten, sofort und soweit zum Haushalt Bezüge gehören, die a) nach dem 21. Juli 1907 geboren sind, also im Alter bis zu zwölf Jahren haben, b) in der Zeit vom 21. Juli 1902 bis zum 21. Juli 1907 geboren sind, also im Alter von 12 bis 17 Jahren haben, c) am 21. Juli 1919 das 70. Lebensjahr zurückgelegt haben, also vor dem 21. Juli 1849 geboren sind. Der Altersnachweis ist durch die Vorlage der stammbescheinenden Urkunden zu erbringen. Bekanntmachung über die Regelung des Verkaufs erlösigter



Extra
billiges Angebot !!
Zwickelkorsett am Ia. Kop., sowie fantasie Band. elegant, elegant. Form Mk. 19.50
Dreilkorsett schwere Qual, sehr halbig, moderne, extra. lange Form, sehr bill. Mk. 24.80
Körperkorsett Ia. Qual, elegant, lange Form mit waagrecht. Mk. 27.50
Zwickelkorsett Fantasie Dreil., schmal, elegant, extra. extra lange mod. Form Mk. 29.50
Extrafeinewebe, Blauschwarz, Bestätigung in erster Auswahl extra billig!

Corsethaus
Beykirch
Große Steinstraße 33.

Von übernommenen Beständen
gebe ich ab solange die Vorräte reichen: 5331

Kinderhüte, garniert 2.00	Sporthüte, Matelotform 3.00
Kinderhüte, garniert 3.00	Damenhüte, garniert 6.50
Borlenhüte, garniert 7.50	Sporthüte, floß garniert 8.50
Mädchenhüte, garniert 3.00	Damenhüte, garniert 9.50
Mädchenhüte, garniert 5.00	Damenhüte, garniert 12.50

EMMA ZINCKE, DAMENPUTZ,
Grosse Klausstrasse, Ecke Graseweg, am Markt.

Möbel
hauptsächlich Schlafzimmer-Einrichtungen, bestehend aus: Schrank mit oder ohne Spiegel, Marmor oder Waschtisch, 2 Bettstellen, 3 Stühle, Auslage und Patentmatratzen, mit oder ohne Nachtschränken liefern wir in jeder Preislage

auf Teilzahlung
auch Küchen in vielen Farben und Mustern.
Grosse Auswahl in einzelnen Möbeln. Bequeme wöchentliche oder monatliche Ratenzahlungen, die möglichst nach Wunsch der Käufer festgesetzt werden.

Eichmann & Co.
Halle a. S.
Größt. Waren- u. Möbel-Kredithaus
Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstrasse.

Halle'sche Eilboten
befahren sämtliche Städte von und zur Halle. Schnellste und beste Verbindung zur Halle. Kollektive Beförderung wird gleichfalls prompt besorgt.

Halle'sche Eilboten
Halle a. S.
Halle'sche Eilboten

Das Erfurter Programm
von Kautsky,
Fr. 1.20 Mk.
Buchhandlung der „Volksstimme“
Halle a. S.

Möbel
aller Art, wie
Bettstellen mit
Matratzen,
Kleiderschränke,
Vertikos,
Tische, Stühle,
Polsterwaren,
farblich gemalt, Küchen-
Schlaf-Zimmer

Carl Klingler,
Unt. Leipzigerstr. 11,
1. Etage, 5122
Eingang Sandberg.

Ich bin als
Rechtsanwalt
beim Amts- und Landgericht Halle a. S. zugelassen. Meine Geschäftsstelle sind:
Marktplatz 23, II (Holland).
Fritz Pinthus,
Rechtsanwalt.

Buchdruckerei Schmidt & Erdel
Fernruf 2472 Halle a. S. H. Ulrichstr.
empfiehlt sich bei Bedarf zur Herstellung von
Drucksachen aller Art.
Wir liefern nicht nur Werke, Kataloge und Zeitschriften sondern auch sämtliche Drucksachen für Handel, Gewerbe u. Privatgebrauch in tadelloser Ausführung.
Gleichzeitig bringen wir unsere
Buchbinderei in empfehlende Erinnerung.

Stellen finden.

Kesselschmied
desgleichen
Stemmer
sodort für dauernde Arbeit gesucht. Wohnung mit Gartenland vorhanden.
Bühnring, Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik,
Landsberg, Bez. Halle.

Sache sofort für dauernde Beschäftigung
einen
tüchtigen Hobler.
Fr. Reckmann, Delfingerstraße 10
Rock-Hosen-Tag-Sohnelder
Ernst Rulffes,
MERZBURG.

Freiwillige Eisenbahntuppen
(Heidsweyer).
Einstellung von Angehörigen aller Vorkategorien sowie Ungedienten, die das 17. Lebensjahr vollendet haben.
Handwerker werden bevorzugt.
Lösung für Unteroffiziere und Mannschaften:
a) mobile Lösung nach Dienstorten,
b) eine Reichsentscheidung von 21. 5. - Mark,
c) Lösungsmöglichkeit von 2. 1. - Mark.
Zur Einstellung sind erforderlich:
1. Militärpapiere,
2. politische Gesinnung,
3. politische bestmögliche Beförderung des gesetzlichen Vorranges (bei Minderjährigen) Meldung und Auswahl.
Werkzeuge für Eisenbahntuppen, Besondere.
Halle a. S.
Halle'sche Eilboten